Der „Briesetal-Bote" erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. zuzüglich Bestellgebühr. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Hauptstraße Nr. 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die neunspaltige Petitzeile kostet 25 Pfennig, die Reklamezeile 3 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 127 | Postscheckkonto: Berlin 62 448. | Donnerstag, den 12. August 1926 | Postscheckkonto: Berlin 62 448. | 25. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Die Hundesperre ist jetzt auch für die Gemeinden Borgsdorf und Lehnitz aufgehoben.

Birkenwerder, den 11. August 1926.

Der Amtsvorsteher. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat August sowie die Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer vom Ertrage für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. Js. nach dem Umsatz April/Juni sind bis zum 15. d. Mts. in der hiesigen Gemeindekasse zu zahlen.

Bei der Zahlung der Gewerbeertragssteuern bleiben die vorgeschriebenen Voranmeldungen im Zimmer 2 des Rathauses abzugeben. Bei verspäteter Abgabe der Voranmeldungen erfolgt die Festsetzung eines Zuschlages zur Steuer und die Feststellung des Umsatzes im Wege der Schätzung.

Birkenwerder, den 11. August 1926.

Der Gemeindevorsteher. J. A.: Rosenau, Gemeinde-Schöffe.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Die Reinigung der Schornsteine in Bergfelde erfolgt in der Zeit vom 12.—15. August.

Bergfelde, den 11. August 1926.

Der Amtsvorsteher. Bors.

Hohen Neuendorf

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Ich bitte dringend, Rechnungen, Eingaben und sonstige Schreiben, die für die Amts- und Gemeindeverwaltung bestimmt sind, nicht an mich oder an einen Beamten persönlich zu richten und vor allem nicht in unsere Wohnung zu senden, sondern die Schreiben ohne Nennung des Namens an den Gemeindevorsteher oder an den Amtsvorsteher zu richten.

Wer diesen Rat nicht befolgt, hat sich unter Umständen eine Verzögerung seiner Angelegenheit selbst zuzuschreiben.

Ziegenbock-Körung.

Zum bevorstehenden Körungstermin werden die Besitzer von Ziegenböcken aufgefordert, ihre Namen und Zahl der Tiere im Gemeindebüro, Zimmer 7, anzugeben.

Was gibt es Neues?

— Beim Reichspräsidenten fand am Dienstag ein diplomatischer Empfang im Garten statt.

— Gegen den Magdeburger Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Kölling, ist auf Beschluß des Disziplinarsenats des Oberlandesgerichts Naumburg ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

— Bei der Eröffnung der französischen Nationalversammlung kam es zu großen Lärmszenen.

— Die mexikanische Regierung hat die angeblichen Verschwörer gegen den Präsidenten Calles wegen Mangels an Beweisen freigelassen.

— Am 16. August findet die Berufungsverhandlung im Budapester Banknotenfälscher-Prozeß statt.

Rheinlandsfragen.

Nachdem schon von Berlin aus richtig gestellt worden ist, daß der Pariser Botschafter v. Hoesch kein neues Memorandum zur Frage der Rheinlandbesatzung eingereicht hatte, wird dies jetzt auch von Paris aus bestätigt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen über diese Frage schon seit vielen Monaten schweben, und daß der Botschafter mit den zuständigen Pariser Stellen fortlaufend in Unterhandlungen hierüber stehe.

Ueber die letzte Unterredung, die v. Hoesch in dieser Angelegenheit mit Briand hatte, weiß der „Petit Parisien" noch Einzelheiten zu berichten. Danach soll Briand darauf hingewiesen haben, daß Frankreich bereit sei, die Stärke seiner Besatzungstruppen auf 50 000 Mann herabzusetzen; man wünsche aber, daß Deutschland sich gleichfalls vom Geiste von Locarno leiten lasse und daß die „Demonstrationen", die im Rheinlande gegen die Franzosen veranstaltet würden, ein Ende fänden.

Auch das „Journal" stellt gegenüber der deutschen Forderung französische „Gegenforderungen" auf, so daß man auf die Vermutung kommen kann, daß das Pariser Auswärtige Amt dieses Stichwort ausgegeben habe. Das Blatt behauptet, daß gegenwärtig nicht 85 000 Mann Besatzungstruppen im Rheinlande ständen, sondern nur 60 000 Franzosen und 15 000 Engländer und Belgier. Man erwäge französischerseits die Herabsetzung des Kontingents um 10 000 Mann. Es handele sich bei den „Gegenforderungen", die Frankreich stelle, nicht nur um die Unterdrückung der „nationalistischen" Demonstrationen, sondern auch darum, daß die Deutschen, die mit den alliierten Streitkräften in Beziehungen getreten seien, geschützt würden.

Es verrät eine vollkommene Unkenntnis der deutschen Volksseele, wenn man in jedem Festzug einer Freiwilligen Feuerwehr, eines Sängerbundes oder selbst eines Kriegervereins eine „nationalistische Kundgebung" sehen will. Für den Deutschen ist nun einmal ein

Der schnellste Mann der Welt.

Der Rekordtag der deutschen Leichtathletik-Meisterschaften war der 8. August. Körnig lief Weltrekordzeit im 100- und 200-Meter-Lauf, Dr. Pelzer schlug den deutschen Rekord im 400 Meter Hürdenlaufen und Dobermann sprang den Rekord beim Weitsprung. Unsere Aufnahme: Der deutsche Meister Körnig am Start zum 100-Meter-Lauf.

Volksfest ohne einen Umzug nicht denkbar, und bei dem ausgesprochenen Sinn des Deutschen für Ordnung und Disziplin muß es bei einem solchen Festzug auch mit einer gewissen Strammheit zugehen. Es ist töricht, in dieser harmlosen Belustigung eine Bedrohung der Besatzung sehen zu wollen, und zweifellos könnte das Einvernehmen zwischen den Besatzungstruppen und der Bevölkerung weit besser sein, wenn sich die Franzosen in diesem Punkt etwas weniger empfindlich gezeigt hätten. Je besser das Einvernehmen, um so größer aber auch die Sicherheit der Besatzungstruppen.

Was nun die zweite Andeutung des „Journal" anbetrifft, so sind mit den Deutschen, die mit den alliierten Streitkräften in Beziehungen getreten sind, offenbar in erster Linie Separatisten gemeint. Soweit sich diese strafrechtlicher Verfehlungen, insbesondere landesverräterischer Handlungen, schuldig gemacht haben, werden sich die deutschen Behörden natürlich nicht das Recht verkümmern lassen können, gegen sie vorzugehen. Mit der Besatzungsfrage haben diese Dinge jedenfalls ganz und gar nichts zu tun. Es sind wohl auch nur Vorwände, um die in Locarno zugesagte Truppenverminderung immer wieder hinauszuschieben.

Im Zusammenhang mit dieser Besatzungsfrage ist in den englischen und französischen Blättern in den letzten Tagen auch eine andere Frage eifrig erörtert worden. Es handelt sich dabei um den Gedanken, daß Belgien gegen eine deutsche Hilfe bei der Stabilisierung des belgischen Franken das Gebiet von Eupen und Malmedy ganz oder teilweise an Deutschland zurückgeben soll. Nach englischen Quellen soll der Reichsbankpräsident Dr. Schacht schon seit längerer Zeit über diese Frage verhandeln. Wenn auch etwas Genaues über den Stand der Angelegenheit nicht zu erfahren ist, so scheint doch in Brüssel eine gewisse Geneigtheit zu bestehen, diesem Gedanken näher zu treten. In London scheint man auch eine solche Regelung zu begünstigen. Wenigstens betont der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph", daß durch die Rückgabe früherer deutscher Bezirke an das Reich, insbesondere von Eupen, Belgien das Zutrauen der internationalen Finanz wieder erwerben würde. Denn die „deutschen Rachegedanken" würden so verschwinden, und so könne das Risiko eines neuen Krieges zwischen Belgien und seinem mächtigen Nachbarn Deutschland außerordentlich herabgesetzt werden.

Tatsächlich ist ja der wirtschaftliche Nutzen, den Belgien aus dem fraglichen Gebiet zieht, außerordentlich gering. Nur weil es zum Teil von Wallonen bewohnt wird, hat man es Belgien zugesprochen, obwohl auch diese Wallonen in ihrer großen Mehrheit von Belgien nichts wissen wollen. Hätte Belgien die in Versailles vorgesehene Volksabstimmung ehrlich durchgeführt, dann wäre diese Streitfrage schon längst entschieden und eine leichtsinnig geschaffene Reibungsfläche ausgeschaltet.

Um den Golddiskont-Bankkredit.

Durch die Verweigerung der Mündelsicherheit für die Hypothekarschuldscheine aus der Golddiskontbankkreditaktion seitens des Reichsratsausschusses ist die dringlichst erwartete Ausdehnung dieses Kredites in Frage gestellt. Man geht nicht fehl mit der Annahme, daß der Reichsrat sich bei seiner Stellungnahme stark von der Opposition der Realkreditinstitute gegen die Rentenbankkreditanstalt hat beeinflussen lassen. Sowohl die Hypothekenbanken wie die öffentlich-rechtlichen Realkreditanstalten haben gegen den Golddiskontbankkredit Stellung genommen. Sie halten ihn für überflüssig, da sie nach ihrer Behauptung selbst leistungsfähig genug wären, um im Wege des Pfandbriefkredites der Landwirtschaft die zur Ablösung der drückenden Personalschuld erforderlichen Mittel zuzuführen; sie erklären sogar, daß der Absatz der Hypothekarschuldscheine das Pfandbriefgeschäft direkt benachteiligen würde und der Golddiskontbankkredit überhaupt wegen seiner Kurzfristigkeit als eine sehr bedenkliche Verschuldung angesehen werden müßte.

Die Ausführungen der Hypothekeninstitute können nicht überzeugen. Ganz besonders der Vorwurf der Kurzfristigkeit erledigt sich in sich selber; denn das ist eben ein Vorzug des Golddiskontbankkredits, daß er im Gegensatz zu der langfristigen Pfandbriefverschuldung zu den gegenwärtig bedenklichen Kosten bei der in einigen Jahren zu erwartenden Besserung des Realkreditmarktes durch langfristigen Tilgungskredit zu erheblich günstigeren Bedingungen abgelöst werden kann. Der Golddiskontbankkredit ist als ein Zwischenkredit gedacht, um über die im Augenblick unbestreitbar bestehenden Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Das Pfandbriefgeschäft allein vermag dies noch nicht zu leisten; ganz abgesehen davon, daß die Kosten des Pfandbriefkredits immer noch etwa 2 Prozent höher sind als beim Golddiskontbankkredit.

Die Realkreditinstitute wiesen auf ihre bisherigen, allerdings ganz erfreulichen Emissionsleistungen hin. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß sich gegenwärtig am Kapitalmarkt eine unfreundlichere Tendenz für den Realkredit entwickelt. Er wird durch Kommunal- und Länderanleihen, durch die großen Reichsanleihen, die Postanleihe, die neue Inlandsanleihe der Girozentrale und schließlich durch die mit der sich wieder belebenden Konjunktur stärker entwickelnden Geldansprüche der Industrie genugsam in Anspruch genommen, daß für den landwirtschaftlichen Realkredit nicht viel übrig bleibt. Der Anlagekreis der Hypothekarschuldscheine des Golddiskontbankkredits, der unbedingt die Lücke ausfüllen muß, ist in seiner ganzen Natur ein anderer, als der Markt der Pfandbriefe; darum ist die Konkurrenzfurcht der Realkreditinstitute übertrieben. Auf die privatwirtschaftlichen Beweggründe der Realkreditinstitute kann hier keine Rücksicht genommen werden.

Die Schulunterhaltungskosten.

Neuregelung in Preußen für die höheren Schulen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird auf Veranlassung des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung soeben als unverbindliche Grundlage für weitere Verhandlungen der Referentenentwurf eines wichtigen Gesetzes veröffentlicht. Der Entwurf enthält vor allem eine Aenderung in der Unterhaltung der städtischen höheren Schulen der Art, daß künftig unter gewissen Voraussetzungen die Kreiskommunalverbände, denen auswärtige Schüler dieser Schulen entstammen, zur Tragung von Dreiviertel der Kosten des einzelnen Schülers dieser Schulen herangezogen werden können. Im Zusammenhang damit regelt der Entwurf andere Fragen der Unterhaltung der städtischen höheren Schulen, so die Rechte der staatlichen Schulaufsichtsbehörde den Städten gegenüber, die äußere Stellung der Lehrer an den städtischen höheren Schulen und die Schulgeldfrage. Weiter versucht der Entwurf

die Schulgeldfrage

zu regeln. Er sieht die gesetzliche Festlegung der jetzt geltenden Bestimmungen vor. Entscheidend wird dabei sein, in welcher Höhe das Gesetz das Schulgeld und die zur Förderung begabter, minderbemittelter Schüler bestimmten Schulgeldabschläge festsetzt; der Entwurf läßt diese, für die Beurteilung der ganzen Regelung entscheidenden Zahlen noch offen, bis die in der obigen Notiz erwähnten Verhandlungen eine Klärung gebracht haben.

Der Entwurf soll bei den für Ende September 1926 vorgesehenen Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden als Unterlage dienen.